



Newsletter

03.02.2011 |

Gordon Hoffmann MdL

Wahlkreis

Wahlkreisbüro
Uferstraße 19
19348 Perleberg
Telefon: 03876 / 61 86 315
Telefax: 03876 / 61 86 316
kontakt@gordon-hoffmann.de

Potsdam

Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8
14473 Potsdam
Tel.: 0331 / 966 14 17
Fax: 0331 / 966 14 07
kontakt@gordon-hoffmann.de

Optionen

Sehr geehrter Leser,
liebe Freunde,

ein neues Jahr hat begonnen, der erste Monat ist vergangen und ich melde mich mal wieder mit einer neuen Ausgabe meines Newsletters. Im Januar war ein prägendes Merkmal eine unglaubliche Vielzahl von Neujahrsempfängen, die man gar nicht alle besuchen konnte. So richtig produktiv sind solche Veranstaltungen meiner Meinung nach nicht, aber die Menschen haben natürlich auch einen Anspruch darauf mit den Volksvertretern bei solchen Gelegenheiten ins Gespräch zu kommen, weshalb ich mich bemüht habe an so vielen Empfängen wie möglich teilzunehmen.

Aus inhaltlicher Sicht lag aber natürlich das Hauptaugenmerk im Januar auf der Plenarsitzung. In den zwei Tagen ging es diesmal in den beiden "aktuellen Stunden" um das S-Bahn-Chaos und um den Dioxinskandal. Daneben hat die CDU Fraktion ein Rückkehrerkonzept gefordert. Gerade in der Prignitz gehört es ja schon seit Jahren zur Realität, dass insbesondere junge Menschen die Region verlassen, um woanders Arbeit zu finden oder eine Familie zu gründen. Es gibt aber auch viele Menschen, die gern wieder in ihre Heimat zurück kehren würden, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten. Ich finde hier ist die Politik auch tatsächlich gefordert die notwendige Unterstützung zu leisten, um den Menschen eine solche Entscheidung leichter zu machen. Deshalb habe ich mich sehr über unsere Initiative gefreut. Der Antrag wurde zur Beratung in die entsprechenden Ausschüsse überwiesen und ich hoffe sehr, dass er dort nicht "vergessen" wird, sondern tatsächlich einiges auch in reale Politik umgesetzt wird.

Für mich standen während der letzten Plenarsitzungen drei Redebeiträge auf der Tagesordnung. Es ging um einen Antrag der CDU mit dem ein Freiwilliges Soziales Jahr auch bei der Feuerwehr in Brandenburg ermöglicht werden sollte, um die Finanzausstattung der Schulen in freier Trägerschaft in Brandenburg und um die Erhebung von GEMA-Gebühren in Kindertagesstätten. Meine Meinung dazu können Sie den einzelnen Redebeiträgen, die auch Teil des Newsletters sind, entnehmen.

Dennoch möchte ich noch ein paar Worte zum GEMA-Antrag loswerden. Zum Jahreswechsel wurde in etlichen Medien berichtet, die GEMA wolle für das Singen in Kitas künftig Gebühren erheben. Daraufhin haben sich zu Recht viele Menschen empört gezeigt, denn Singen ist gerade für Kinder und ihre Entwicklung wahnsinnig wichtig. Problematisch war hier nur, dass die Empörung auf einer fehlerhaften Berichterstattung beruhte, denn die GEMA wollte keinerlei Gebühren für das Singen, sondern nur für das Kopieren von Texten und Noten erheben. Nun muss ich als selbst leidenschaftlicher Musiker natürlich zum einen sagen, dass auch das geistige Eigentum von Künstlern unbedingt schützenswert ist und zum anderen muss man sich auch mal in der Realität umschauen, wo denn in Kitas tatsächlich Noten und Texte kopiert werden müssen. Die meisten Kinder in diesem Alter können mit Noten und Texten nichts anfangen, weshalb das reale Problem gar nicht so groß ist.

Dennoch hat natürlich diese Diskussion viele Eltern und Erzieherinnen verunsichert, weshalb sich auch der Landtag mit diesem Thema befasst hat. Dort gab es zunächst einen Antrag von SPD und LINKE, wonach die rechtliche Zulässigkeit, der Bedarf und der Abschluss eines Rahmenvertrages geprüft werden soll. Abgesehen davon, dass ich in dieser Hinsicht den tatsächlichen Bedarf, wie bereits erklärt, nicht für besonders groß erachte, sind dies auch alles Maßnahmen die eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Mein Anliegen war es aber den Einrichtungen möglichst schnell und unbürokratisch helfen zu können. Deshalb war es unser Vorschlag eine Liste mit urheberrechtlich freien Liedern zu erarbeiten und diese den Einrichtungen zusammen mit einem Leitfaden zur Rechtslage zur Verfügung zu stellen.

Und genau an dieser Stelle muss man sich entscheiden. Stellt man nun einen Änderungsantrag,

der vermutlich von der Regierung abgelehnt wird, oder versucht man etwas gemeinsam zu machen, um diesen Punkt tatsächlich auch irgendwie "durchzukriegen"?

Lange Zeit war es bei uns ja üblich keine gemeinsamen Anträge mit der LINKEN zu machen. Bei allen Vorbehalten gegen diese Partei und bei allen inhaltlichen Differenzen befürworte ich aber doch, gerade bei Themen wo es um die Sache und nicht um die Ideologie geht, den pragmatischen Weg. Ich glaube auch, dass es die Menschen im Land durchaus in Ordnung finden, wenn man zu vernünftigen Sachen nicht deshalb nein sagt, weil jemand anders sie vorgeschlagen hat. Ich persönlich bin daher froh, dass wir diese sinnvolle Forderung auf diesem Weg auch als Oppositionspartei umsetzen konnten, aber es mag auch andere Meinungen geben. An dieser Stelle würde ich gern auf die Umfrage auf meiner Internetseite verweisen. Ich freue mich über rege Beteiligung.

Jetzt habe ich in meinem Vorwort doch schon wieder deutlich mehr geschrieben als ich eigentlich vorhatte und deshalb möchte ich an dieser Stelle schließen. Ich wünsche Ihnen einen erfolgreichen Februar, ich freue mich auf Ihre Rückmeldungen, Kritik oder notfalls auch Lob und verbleibe bis zum nächsten Newsletter

Mit herzlichen Grüßen,

Ihr *Gordon Hoffmann*

Inhaltsverzeichnis

- **Die A14 kommt - Wichtiges Signal zur richtigen Zeit**
- **Inklusive Bildung - Gordon Hoffmann im Gespräch mit Schulleitern**
- **Hochwasser in Breese - Wann kommt endlich der Deich?**
- **Plenardebatte zur Musischen Bildung in Kitas**
- **Plenardebatte zur Prüfung eines Freiwilligen Sozialen Jahres bei der Feuerwehr**
- **Plenardebatte zur Erhaltung der Schulvielfalt**

Die A14 kommt - Wichtiges Signal zur richtigen Zeit

28.01.2011 | Prignitz

Der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages hat den Antrag der Grünen abgelehnt, die Planungen für die Anbindung der A 14 an die A 24 einzustellen. Für den Wittenberger CDU-Landtagsabgeordneten **Gordon Hoffmann** ist das ein wichtiges Signal für die Menschen in der Prignitz.

"Die Entscheidung zeigt, dass die Nordverlängerung der A 14 nicht nur in Brandenburg, sondern auch von den Verkehrspolitikern im Bund mehrheitlich gewollt ist. Eine leistungsfähige Infrastruktur ist notwendige Voraussetzung einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung. Mit dem Bau der A 14 wird die Anbindung der Prignitz an die deutschen Seehäfen entscheidend verbessert und die Region als Logistikstandort gestärkt. Das ist gut für die hier lebenden Bürgerinnen und Bürger und trägt zur weiteren Entwicklung des Regionalen Wachstumskerns Wittenberge-Karstädt-Perleberg bei.

Die Menschen in der Prignitz wissen, dass 'grünes Dagegen' keine Probleme löst. In unserer ländlichen Region brauchen wir die Anbindung an das deutsche Bundesfernstraßennetz dringend, um die Erreichbarkeit der Städte und Gemeinden zu verbessern. Viele Bürgerinnen und Bürger in der Prignitz kämpfen seit Jahren für die Nordverlängerung. Ich bin überzeugt davon, dass wir diesen Kampf gemeinsam gewinnen."

Inklusive Bildung - Gordon Hoffmann im Gespräch mit Schulleitern

24.01.2011 | Klein Machnow

Am 25. Februar 2010 hat der brandenburgische Bildungsminister angekündigt, die allgemeinen Förderschulen mittelfristig zu schließen. Da die CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg überzeugt ist, dass so grundlegende Veränderungen nicht über die Köpfe der Beteiligten hinweg entschieden werden können, ist **Gordon Hoffmann** als Bildungspolitischer Sprecher immer wieder im Land unterwegs, um mit Schulleitern über die Umsetzung einer inklusiven Bildung ins Gespräch zu kommen. Diesmal ging es in den Wahlkreis des CDU-Abgeordneten **Ludwig Burkardt** nach Potsdam-Mittelmark.



Gordon Hoffmann MdL und Ludwig Burkardt MdL im Gespräch mit Schulleitern aus Potsdam-Mittelmark

- lesen Sie [hier](#) einen Pressebericht der PNN zum Arbeitsgespräch
- Informieren Sie sich [hier](#) über die Position der CDU-Landtagsfraktion zur Inklusiven Bildung

Hochwasser in Breese - Wann kommt endlich der Deich?

22.01.2011 | Prignitz

Nach 2002 und 2006 ist Breese auch 2011 wieder vom Hochwasser betroffen. Entlang der Perleberger Straße und dem Ende der Trift Richtung Wittenberge sind 13 Haushalte durch die Fluten gefährdet. Zwar verteilt die Feuerwehr das ganze Wochenende Sandsäcke, doch haben die den gewaltigen Wassermassen kaum etwas entgegen zusetzen. Vollgelaufene Keller und überschwemmte Höfe und Grundstücke sind die Folge. Ein entsprechender Deich ist seit langem in Planung, doch getan hat sich bis heute wenig. Der Landtagsabgeordnete **Gordon Hoffmann**, der selbst viele Jahre in Breese gewohnt hat, versucht zu helfen. Zum einen hat er sich mit einer kleinen Anfrage an die Landesregierung gewandt, um den aktuellen Stand des geplanten Deichbaus zu erfragen. Zum anderen hat er eine Eingabe der Bürgerinitiative "Deichbau Breese" entgegen genommen und wird diese, in der nächsten Plenarsitzung des Brandenburger Landtages, an Umweltministerin Tack überreichen.



Hochwasser der zurückgestauten Stepenitz am Ortsausgang von Breese

- lesen Sie [hier](#) die kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten Gordon Hoffmann zum Deichbau der Stepenitz

Plenardebatte zur Musischen Bildung in Kitas

20.01.2011 | Plenardebatte Landtag Brandenburg



Gordon Hoffmann (CDU) fordert die Landesregierung auf, Klarheit zu schaffen. Der Antrag enthalte auf Wunsch der CDU die Erstellung einer Liste mit urheberrechtlich nicht mehr geschützten Werken. Diese schaffe auch kurzfristig schon Rechtssicherheit.

- [Rede ansehen](#)
- [Antrag lesen](#)

Plenardebatte zur Prüfung eines Freiwilligen Sozialen Jahres bei der Feuerwehr

19.01.2011 | Plenardebatte Landtag Brandenburg



Gordon Hoffmann (CDU) verweist darauf, dass das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) in Hessen bereits erfolgreich bei der Feuerwehr durchgeführt wird. Er betont, dass das FSJ eine Bereicherung für viele junge Menschen sei und die Möglichkeit biete, ehrenamtliches Engagement kennenzulernen.

- [Rede ansehen](#)
- [Antrag lesen](#)

Plenardebatte zur Erhaltung der Schulvielfalt

19.01.2011 | Plenardebatte Landtag Brandenburg



Gordon Hoffmann (CDU) wirft der Landesregierung vor, die geplanten Kürzungen hätten das Ziel, die Zahl der freien Schulen zu reduzieren. Der ständige Vorwurf, dort würden die Lehrer unterbezahlt und die Schüler selektiert, weil das Schulgeld erhöht werde, habe seine Ursache letztlich bei der Landesregierung. Diese würde die Zuschüsse streichen.

- [Rede ansehen](#)
- [Antrag lesen](#)

Herausgegeben von Gordon Hoffmann, MdL